

DIE LINKE - stark für Brandenburg!

Entwicklung der Partei DIE LINKE. Brandenburg und Weiterführung der Strukturdebatte

Vorbemerkung:

Die 1. Tagung des 4. Landesparteitages hat im Januar 2014 beschlossen, eine Strukturdebatte im Landesverband zu führen. Der Landesvorstand hat als Grundlage dafür eine Strukturanalyse vorgelegt, die Grundlage für die Debatte war. Landesvorstand, Landesausschuss und Kreisverbände haben sich im vergangenen Jahr mit der Weiterentwicklung der Beteiligung an der Politikentwicklung, der Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie, den Finanz- und Organisationsstrukturen, der Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern, der Personalentwicklung, der Kampagnenfähigkeit und der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt.

Ein Reader zur Strukturdebatte liegt dem Landesparteitag vor. Es ist festzustellen, dass die erste Phase der Debatte mit großem Engagement geführt wurde. Vor allem im zweiten Halbjahr 2015 müssen wir vor dem Hintergrund der starken Belastung der Aktiven im Landesverband durch die gesellschaftlichen Herausforderungen hinsichtlich der Flüchtlingsarbeit und antifaschistischer Aktivitäten konstatieren, dass das Interesse trotz vielfältiger Angebote merklich abnahm.

Gleichwohl gibt es Schlussfolgerungen für die Arbeit der kommenden Jahre aus der Strukturdebatte, die dem Landesparteitag hier vorgelegt werden. Es bleibt darauf hinzuweisen, dass Parteientwicklung ein kontinuierlicher Prozess ist, der auch in den kommenden Jahren Fortsetzung finden wird.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verankerung in der Gesellschaft und Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern

Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren konnten wir im letzten Jahr wieder steigern, wobei weitere Potenziale vorhanden sind. So ist es beispielsweise im Bereich der Flüchtlingsarbeit mit dem Netzwerk Willkommenskultur gelungen, lokale Aktive innerhalb wie außerhalb der Partei inhaltlich und personell zu vernetzen und vor Ort wie auf Landesebene als Ansprechpartnerin für Initiativen und Bündnisse zu fungieren. Auch in der Unterstützung regionaler Streiks war DIE LINKE erlebbare Ansprechpartnerin der Gewerkschaften und der Streikenden. Eine der Hauptaufgaben in den nächsten Jahren ist, diese Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zu intensivieren und weiterhin Ansprechpartnerin für gesellschaftlich Engagierte zu sein und zu bleiben. Dabei sind wir vor allem verlässliche Dialog- und Ansprechpartnerin mit eigenständigem politischem Profil.

Ein gutes Mittel für den Dialog mit der Zivilgesellschaft und politisch Aktiven vor Ort sind die Regionaltage. Hier können aktuelle Themen von der Parteimitgliedschaft in die Debatte eingebracht sowie nachhaltige Arbeitszusammenhänge mit lokalen Akteurinnen und Akteuren sowie gesellschaftspolitisch Aktiven geschaffen werden. Der Landesparteitag erwartet, dass die Regionaltage fortgesetzt und in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden weiterentwickelt werden. Die Landtags- und Bundestagsabgeordneten werden gebeten, sich aktiv in die Regionaltage einzubringen.

Stärkung der innerparteilichen Demokratie und Politikentwicklung

Wir als LINKE wollen unsere Mitglieder vielfältig und umfassend einbinden und an der politischen Themensetzung teilhaben lassen. Mittel hierfür sind beispielsweise offene Foren auf den Landesparteitagen, Regionalkonferenzen, Werkstätten zu zentralen politischen Fragestellungen und Aktivenkonferenzen. Eine Einbindung muss aber auch für diejenigen Möglich sein die bei solchen Terminen nicht

anwesend sein können, hier ist eine Ausweitung des bisherigen Livestreams hin zu einer interaktiven Teilnahme denkbar und angestrebt. Durch dieses Vorgehen wollen wir Prozesse der Politikentwicklung und Meinungsbildung transparent und offen organisieren, diese kommunikativ und attraktiv gestalten. Dafür ist auch eine für jedes Mitglied und jede und jeden Sympathisanten verständlicher und transparenter Aufbau der Parteistrukturen notwendig. Der Landesvorstand wird hier eine Orientierung für den Aufbau und die Aufgabenaufteilung in der Landespartei sicherstellen.

Mitgliederentscheide sind ein Mittel um Meinungsbildungsprozesse offen und transparent zu gestalten, wie beispielsweise die Abstimmung über den Koalitionsvertrag mit vorangegangenen Regional Konferenzen. Nichtsdestotrotz setzen wir in innerparteilichen Debatten vor allem auf eine starke Beteiligung der Mitgliedschaft im Vorfeld von politischen Entscheidungsprozessen. Beispielhaft ist hier die breite Beteiligung vieler Genossinnen und Genossen bei der Erstellung des Landtagswahlprogrammes 2014 in einer Programmwerkstatt und in regionalen Beratungen. Auch ist es möglich, jenseits von Mitgliederentscheiden und Programmwerkstätten, Meinungsbildungsprozesse digital zu organisieren und somit mit geringen Aufwand eine breite Beteiligung – auch über die Parteimitgliedschaft hinaus – zu erreichen.

Interessierten Mitgliedern muss es möglich sein, sich an den Politikentwicklungsprozessen in den Kreisverbänden wie im Landesverband zu beteiligen. Besondere Bedeutung kommt dabei dem fachpolitischen Austausch zu. Neben den innerparteilichen Zusammenschlüssen, denen in diesem Prozess eine besondere Bedeutung zukommt, sind weitere transparente und offene Formen der fachpolitischen Zusammenarbeit, wie beispielsweise das Netzwerk Willkommenskultur, zu entwickeln und auszubauen. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Landtag und im Bundestag werden gebeten, zu ihren Themengebieten in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand geeignete Beteiligungsformen zu entwickeln und zu organisieren.

Gleichzeitig sind die innerparteilichen Zusammenschlüsse als Begegnungsraum von Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern und aktiven Mitgliedern fortzuentwickeln und zu stärken. Dazu wird der Landesvorstand beauftragt, einen mindestens einmal jährlich tagenden runden Tisch der Zusammenschlüsse ins Leben zu rufen, an dem gemeinsam Schwerpunkte der Arbeit und notwendige Unterstützung seitens des Landesvorstands und der Landesgeschäftsstelle verabredet werden.

Für alle innerparteilichen Zusammenschlüsse wird ab 2017 ein Fonds für Öffentlichkeitsarbeit beim Landesvorstand eingerichtet, aus dem auf Antrag öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der innerparteilichen Zusammenschlüsse wie Veranstaltungen, Konferenzen, Publikationen und Kampagnen finanziert werden können.

Innerparteiliche Kommunikation und die Landesgeschäftsstelle als Dienstleisterin der Partei

DIE LINKE. Brandenburg hat eine Vielzahl von innerparteilichen Kommunikationsmedien zu bieten. So gibt es einen wöchentlich erscheinenden Newsletter, thematische Mailinglisten, Verteiler, ein Fotoarchiv, Facebookseiten und Twitteraccounts, Kleine Zeitungen, das Intranet als Arbeitsmittel für Wahlkämpfe. Dennoch ist eine Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationsstrukturen der Landespartei ständige Aufgabe. Es fehlt im Landesverband bisher ein Format zur Bündelung von politischen Debatten. Um dieses Bedürfnis aufzunehmen gibt der Landesvorstand ab dem 2. Halbjahr 2016 ein regelmäßig erscheinendes Debattenheft heraus. Ziel ist es eine Plattform für die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung in Brandenburg sowie Schlussfolgerungen daraus und die Diskussion über mögliche Weiterentwicklung bestehender linker Politikprojekte für die kommunal- und Landesebene zu entwickeln.

Der Landesvorstand wird beauftragt, unter Beteiligung der LAG Rote Reporter eine Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit ins Leben zu rufen, die die Aufgabe hat, die bestehenden Unterstützungsangebote seitens des Landesvorstands wie beispielsweise Text- und Bildarchiv, Schulungen, Eindrucksmaterialien, Onlineangebote und Newsletter einer Prüfung zu unterziehen und fortzuentwickeln.

Zur Unterstützung der zahlreichen regionalen Wahlkämpfe in den kommenden Jahren, aber auch Aktivitäten und Veranstaltungen vor Ort, soll ein Aktivenpool aus aktiven Genossinnen und Genossen entstehen. Den Aktiven, die bereit sind, landesweit Aktivitäten und Wahlkämpfe zu unterstützen, sollen Schulungsangebote im technischen und organisatorischen Bereich und in der Öffentlichkeitsarbeit

angeboten werden. Daneben wird die Unterstützung der Landesgeschäftsstelle beim Veranstaltungsmanagement durch z.B. Ton- und Bühnentechnik, Materialverleih, Archiv, Bild- und Artikelmaterial und der Unterstützung im Bereich Internet weiterentwickelt und den Erfordernissen der Kreisverbände angepasst.

Mitgliedergewinnung und Mitgliederarbeit

Mitgliedergewinnung bleibt eine kontinuierliche Aufgabe. Der Landesvorstand wird beauftragt, eine Mitgliedergewinnungskampagne zu entwickeln, die neben klassischen Medien die Onlinemedien einbezieht. Als Zielgruppe sollen dabei vor allem zivilgesellschaftlich Aktive, Frauen und Migrantinnen und Migranten fungieren. Kooperationen mit anderen Landesverbänden sind zu prüfen.

Es zeigt sich, dass die Einbeziehung neuer Mitglieder in die Arbeit der Partei nicht immer gelingt. Neue Mitglieder haben oft ein ausgeprägtes Interesse an einzelnen Themen, die sie zum Parteieintritt bewegt haben. Die Kreisverbände werden gebeten, mit jedem Neumitglied ein Gespräch zu führen, in dem die Erwartungen und Wünsche an die Mitarbeit in der Partei ausgelotet und die bestehenden Möglichkeiten aufgezeigt werden. Bei Bedarf kann die Landesgeschäftsstelle zur Unterstützung einbezogen werden. Zudem hat sich in der Vergangenheit bewährt, allen Neumitgliedern eine Informationsmappe durch die Landesgeschäftsstelle zu zusenden. Diese soll künftig durch eine telefonische Kontaktaufnahme ergänzt werden. Zweimal jährlich finden auf Landesebene Neumitgliedertreffen statt. Um aktiver auf neue Mitglieder zuzugehen und sie für LINKE Politik zu begeistern ist es sinnvoll, diese in Zukunft auch zu regionalisieren.

Die PDS hatte eine ausgeprägte Sympathisantinnen- und Sympathisanten-Kultur welche sich dadurch auszeichnete, dass die Mitarbeit an inhaltlichen Fragestellungen sowie Kandidaturen auf Listenplätzen nicht an die Parteimitgliedschaft gekoppelt war. Dieses gilt es zur Gewinnung von uns inhaltlich nahestehenden Menschen wieder verstärkt zu pflegen. Veranstaltungen sollten generell so gestaltet werden, dass eine Beteiligung nicht an formalen Hürden scheitert. Jeder, der sich mit uns inhaltlich auseinandersetzen will, ist uns willkommen. Wir wollen eine Mitmach-Partei für alle sein, ohne den Mitgliedsstatus abzuwerten.

Eine familienfreundliche Partei schafft es, Möglichkeiten für die Teilnahme an parteipolitischen Aktivitäten sowie die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit miteinander zu verknüpfen. Dieser Fokus muss stärker geschärft werden. Eine generelle Möglichkeit der Kinderbetreuung bei Gremiensitzungen auf Landesebene ist prinzipiell vorhanden, auf Kreisebene ist diese anzustreben. Bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen sollte auch die Form berücksichtigt werden und alternativen Abläufe/Zeiten in Erwägung gezogen werden. Insbesondere das Zeitkontingent von Erziehenden gilt es zu beachten, so können auch tagsüber in der Woche Treffen (zum Beispiel eine Polittalkrunde zu aktuellen Themen) angeboten werden, bei denen Kinder mitgebracht werden können und sollen.

Der Frauenanteil der LINKEN in Brandenburg ist rückläufig, unter den neu gewonnenen Mitgliedern sind nur ca. ein Drittel Frauen. Der Landesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit der LAG LINKE Frauen und den Kreisverbänden ein gleichstellungspolitisches Konzept zu entwickeln und umzusetzen.

Ein weiteres Augenmerk muss besonders die Gewinnung von jungen Mitgliedern sein, hier sind die Kreisverbände und der Jugendverband gebeten, die Intensität der Zusammenarbeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu verstärken.

Politische Bildung und Qualifizierung der Mitgliedschaft

Der Lehrgang „Politikmanagement im Ehrenamt“ zur Stärkung der Personalentwicklung in den Kreisverbänden wird auch in den kommenden Jahren weitergeführt und kontinuierlich fortentwickelt. Zur gezielten Vorbereitung auf Funktionen und Wahlämter soll zusätzlich ein Mentoring-Programm entwickelt werden. Der Landesparteitag bittet Funktions- sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sich in dieses Programm aktiv einzubringen. Alle Gliederungen der Landespartei sind aufgefordert Bedarfe der politischen Bildung sowohl der politisch inhaltlichen als auch der Funktionsbildung schneller zu kommunizieren.

Der Landesvorstand wird beauftragt, die politische Bildung im Landesverband gemeinsam mit den Mitgliedern der Kommission Politische Bildung und externen Partnerinnen und Partnern fortzuentwickeln. Dabei sind vor allem niedrigschwellige, in die Breite des Landes gerichtete Angebote und Kooperationsprojekte mit anderen Landesverbänden und externen Partnerinnen, wie beispielsweise die LINKE Herbstakademie (ab 2016 LINKE Sommerakademie), zu entwickeln. Hier sollte auch geprüft werden ob und welche modernen Seminarformen für DIE LINKE geeignet sind. Die Kreisverbände werden gebeten jeweils mindestens einen Vertreter/eine Vertreterin in die Kommission politische Bildung beim Landesvorstand zu entsenden. Der Landesvorstand stellt weiterhin die Nutzung der bestehenden Angebote der Bundesebene sicher. Hinzuweisen ist im Bereich politische Bildung auf das hervorragende Bildungsangebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des kommunalpolitischen Forums, welche durch die Mitglieder der LINKEN genutzt werden.

Die Kreisverbände werden gebeten, zwei Mal jährlich einen für Mitglieder und interessierte Sympathisantinnen und Sympathisanten offenen Tag der politischen Bildung zu organisieren. Dabei sind Kooperationen mit anderen Kreisverbänden und externen Partnerinnen und Partnern ausdrücklich erwünscht.

Neue Strukturen erfordern neue Finanzbeziehungen im Landesverband

Nach derzeitigem Diskussionsstand zur Verwaltungsstrukturreform wird es 2019 zu möglichen Gebietsveränderungen im Land Brandenburg kommen. Die Parteistrukturen werden in diesem Fall diese Veränderungen nachzuvollziehen haben. Laut Landdessatzung umfasst ein Kreisverband die Mitglieder in einem Landkreis, in einer kreisfreien Stadt oder mehrerer territorial verbundener Landkreise und kreisfreien Städten. An diesem Grundsatz soll nichts geändert werden.

Zur Vorbereitung dieses Prozesses wird der Landesvorstand beauftragt, nach Beschluss des Leitbildes durch den Landtag, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die die notwendigen Umstrukturierungen, sowie mögliche Anpassungen der Satzung und Finanzordnung des Landesverbandes vorbereitet.

An dieser Arbeitsgruppe sind die Kreisverbände, der Landesausschuss und der Landesfinanzrat zu beteiligen. Die Erfahrungen aus dem Kreisverband Lausitz sind einzubeziehen.

Am bisherigen Modell der Finanzbeziehungen zwischen Kreisverbänden und Landesverband wird bis 2019 festgehalten.

Geschäftsstellen in den Kreisverbänden

Die Geschäftsstellen und Büros in den Kreisverbänden bilden Ankerpunkte für die Begegnung und Parteiarbeit. Sie sollen attraktive und moderne Kommunikationszentralen sein, von denen die Informationen auf den verschiedenen Wegen gebündelt und an die Mitglieder verteilt werden. Ebenso sollten es Räume sein, in denen sich Menschen treffen und Besucher offen empfangen werden und politischer Austausch stattfindet. Die Geschäftsstellen und Büros sind die Visitenkarte unserer Partei. Aus diesem Grund sollten sie weitgehend barrierearm, gut erreichbar sowie möglichst häufig und regelmäßig geöffnet sein. Die technische Ausstattung der Geschäftsstellen muss immer wieder dem Stand der Technik angepasst werden. Zusätzlich steht allen Gliederungen der Partei bei Bedarf der Telefonkonferenzraum des Landesverbandes zur Verfügung.

Der Strukturfonds beim Landesvorstand gibt den Kreisverbänden die Möglichkeit, die Ausstattung der Büros kontinuierlich zu verbessern. Der Landesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführern sowie den Kreisschatzmeisterinnen und Kreisschatzmeistern die Regelungen des Strukturfonds zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.